



Niederschrift

Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 14.02.2023
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	20:01 Uhr
Raum, Ort:	Kreis Rendsburg-Eckernförde, Kaiserstraße 8, 24768 Rendsburg, Kreistagssitzungssaal

Anwesend

Vorsitz

Dr. Christine von Milczewski

Mitglieder

Bernhard Fleischer

Marek Schlegel

Dominik Wieckhorst

Sabine Mues

Dirk Behrens

Timo Höppner

Vertretung für: Konstantinos Wensierski

Ulrike Khuen-Rauter

Wolfgang Lausten

Vertretung für: Dr. Michael Schunck

Christian Schlömer

Martin von Spreckelsen

Marco Banaski

Vertretung für: Norbert Wilkens

Vertretung für: Rene Banaski ab TOP 12.5

Rene Banaski

Kerstin Dreja

Heike Grube

Birka Lembcke

Sophie Marxen

Ingrid Schäfer-Jansen

bis TOP 12.4

Vertretung für: Ulrike Rammer

Vertretung für: Ute Dose

stellvertretende Mitglieder

Sandra Leiendecker
Sophie Marxen
Marco Banaski

Kerstin Dreja
Hans-Werner Machemehl

Katja Seifert
Martin von Spreckelsen
Wolfgang Lausten

Vertretung für Frau Ute Dose
Vertretung für: Rene Banaski ab
TOP 12.5
Vertretung für: Ute Rammer
Vertretung für NN, Fraktion Die
Linke

Politik

Carina Hennecke
SPD-Kreistagsfraktion

Verwaltung

Lauritz Bilski
Dennys Bornhöft
Marvin Böttger
Nina Fiedler
Sigrid Holm
Julia Isabell Otter
Barbara Rennekamp
Frank Sick
Christian Ströh
Dr. Rolf-Oliver Schwemer
Silvia Kempe-Waedt
Stephan Ott
Dennis Staack
Katrin Schliszio

Gäste

Anissa Heinrichs
Petra Jütting
Michael Völker
Uwe Hartwig

Keine Teilnehmergruppe

Tim Albrecht
Dr. Juliane Rumpf
Armin Rösener
Tina Schuster

Abwesend

Mitglieder

Sven-Michael Chilla	entschuldigt
Dr. Michael Schunck	entschuldigt
Konstantinos Wensierski (2013-2023)	abwesend
Norbert Wilkens	entschuldigt
Ute Dose	entschuldigt
Ulrike Rammer	entschuldigt

stellvertretende Mitglieder

Christiane Buhl	entschuldigt
Frank Petzold	entschuldigt
Timea Aden	
Kevin Dorow	
Dr. Andreas Höpken	
Timo Höppner	
Dr. Reinhard Jentzsch	
Tatjana Larsen	
Maximilian Reimers	
Gudrun Rempe	
Lukas Strathmann	
Mette Sunesen	
Thorsten Uhrbrock	
Victoria Wesemann	

stellvertretende beratende Mitglieder

Uwe Giermann

Politik

Christopher Andresen

Verwaltung

Hendrik Jürgensen

Thomas Stüber

Anja Romey

Sabine Groeper

Micha Mark Knierim

Dr. Martin Kruse

Carsten Ludwig
Personalrat
Thomas Voerste

Andreas Susczyk (Regionalleitung AWO Schleswig-Holstein)
Kerstin Hasse (Schuldnerberatung Aukrug AWO Schleswig-Holstein)
Stefan Gloe (Fachbereichsleitung Diakonisches Werk Rendsburg-Eckernförde)
Kerstin Vent (Schuldnerberatung Bordesholm, Diakonie Altholstein)
Vanessa Trampe-Kieslich (Geschäftsbereichsleitung Diakonie Altholstein)
Heinke Detlefsen (TIDE Sozialpsychiatrie)
Rainer Spindler (TIDE Sozialpsychiatrie)
Susanne Jahn (Brücke Rendsburg-Eckernförde e. V.)
Guido Froese (Geschäftsführung Nordkolleg GmbH)
Claudia Piehl (Regisseurin und Musikwissenschaftlerin, Nordkolleg Rendsburg)
Wibke Starck (Familienzentrum Damp)
Sylvia Gerdes (Familienwerkstatt e. V.)
Natascha Hering (Amt Bordesholm)
Rosana Trautrimms (Wüstenblumen e. V.)
Anke Melchior (Gebärdensprachdolmetscherin)
Deike Petersen (Gebärdensprachdolmetscherin)

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung
2. Niederschrift über die Sitzung vom 17.11.2022
3. Einwohnerfragestunde
4. Bericht über die Umsetzung von öffentlich gefassten Beschlüssen des Sozial- und Gesundheitsausschusses VO/2023/056
5. Demografiebericht 2022 und Bevölkerungsvorausberechnung Kreis Rendsburg-Eckernförde 2020-2040 VO/2023/040
6. Angelegenheiten des Kreissenorenbeirates
- 6.1. Bestätigung der Wahl neuer Mitglieder für den Kreissenorenbeirat VO/2023/008
7. Angelegenheiten des Beirates für Menschen mit Behinderungen
- 7.1. Beteiligungsangebot "Kommunaler Gebärdensprach-Avatar" für Landkreise/Kreise und Kommunen VO/2023/064
- 7.2. Antrag zur Teilnahme und Beteiligung am Projekt "Kommunaler Gebärdensprach-Avatar (KGA)" für Landkreise / Kreise und Kommunen VO/2023/069
8. Erhöhung des Budgets für die Schuldnerberatung im Kreis Rendsburg-Eckernförde VO/2023/009
9. Sachstandsbericht Wohnen für Alle VO/2023/061
10. Sachstand Ehrenamtskoordination
- 10.1. Ehrenamtskoordination: Formulierungen der Vorstellungen der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen VO/2023/070
11. Zuwanderung: Leitlinien zur Vergabe von Integrationsmitteln durch den Kreis Rendsburg-Eckernförde für das Jahr 2023 VO/2023/020
12. Integrationsanträge

- | | | |
|-------|--|----------------|
| 12.1. | Zuwanderung: Vergabe von Integrationsmitteln - Antrag des Nordkollegs Rendsburg zur Förderung des Integrationsprojekts "Alles frisch!" vom 01.03.2023 bis zum 30.11.2023 | VO/2023/011 |
| 12.2. | Zuwanderung: Vergabe von Integrationsmitteln - Antrag der Gemeinde Damp mit dem Familienzentrum Damp zur Förderung des Integrationsprojekts "Bunte Beete Damp" vom 01.04.2023 bis zum 31.12.2023 | VO/2023/012 |
| 12.3. | Zuwanderung - Vergabe von Integrationsmitteln:
Umsetzung der Richtlinie des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren des Landes Schleswig-Holstein zur Förderung von familienunterstützenden Maßnahmen für Geflüchtete – „Aktionsprogramm familienunterstützenden Maßnahmen für Geflüchtete“ im Kreis Rendsburg-Eckernförde; hier: weitere Freigabe von Mitteln des Kreises aus dem Integrationsbudget | VO/2023/014 |
| 12.4. | Zuwanderung: Vergabe von Integrationsmitteln - Antrag des Vereines Familienwerkstatt e.V. zur Förderung des Integrationsprojekts "Familienwerkstatt" vom 01.02.2023 bis zum 31.01.2024 | VO/2023/015 |
| 12.5. | Zuwanderung: Vergabe von Integrationsmitteln - Folgeantrag des Amtes Bordesholm zur Förderung des Migrationsprojektes an der Lindenschule ab 01.04.2023 bis zum 31.03.2024 | VO/2023/018 |
| 12.6. | Zuwanderung: Vergabe von Integrationsmitteln - Antrag der Vereine Wüstenblumen e.V. und der UTS e.V. zur Förderung des Integrationsprojekts "TROTZdem Leben" vom 01.03.2023 bis zum 29.02.2024 | VO/2023/052 |
| 13. | Neufassung Heranziehungssatzung § 6b BKGG, AG-SGB II/BKGG | VO/2023/048 |
| 14. | Fonds zur Abdeckung sozialer Härten zur Abmilderung der Folgen gestiegener Energiepreise | VO/2023/006 |
| 15. | Bericht der Verwaltung | |
| 15.1. | Verwendung des Jahresüberschusses 2021 der Förde Sparkasse | VO/2023/001-01 |
| 16. | Anfragen nach § 26 Geschäftsordnung des Kreistages | |
| 17. | Verschiedenes | |

Protokoll

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses um 17.00 Uhr und begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie die Gebärdensprachdolmetscherinnen, Frau Petersen und Frau Melchior, die heute digital dazugeschaltet sind.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung als Hybridsitzung stattfindet. Die Sitzung wird wieder für die Öffentlichkeit per Livestream ins Internet übertragen. Ebenfalls besteht für die Bürgerinnen und Bürger des Kreises die Möglichkeit, persönlich an der Sitzung teilzunehmen.

Die Vorsitzende stellt fest, dass keine Einwendungen gegen die Frist und Form der Einladung vorliegen und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Sie verweist auf den Nachversand vom 07.02.2023, 10.02.2023 und 13.02.2023 und schlägt vor, entsprechend der Nachtragstagesordnung zu verfahren. Auf Nachfrage gibt es keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche. Der Sozial- und Gesundheitsausschuss stimmt der Tagesordnung einstimmig zu.

Die Vorsitzende stellt fest, dass ein noch nicht verpflichtetes bürgerliches Mitglied anwesend ist. Die Vorsitzende erläutert Herrn Lausten seine Rechte und Pflichten und verpflichtet Herrn Lausten auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten und führt ihn in die Tätigkeit ein. Aufgrund der digitalen Teilnahme von Herrn Lausten wird auf den Handschlag verzichtet.

zu 2 Niederschrift über die Sitzung vom 17.11.2022

Es liegen keine schriftlichen oder mündlichen Einwendungen gegen die Niederschrift vor, sie gilt daher als genehmigt.

zu 3 Einwohnerfragestunde

Herr Hartwig vom Kreissenorenbeirat möchte gerne wissen, ob es einen zweiten Betreuungsverein im Kreis gibt. Herr Sick bestätigt dies und teilt mit, dass dies mit der Reform des Betreuungsgesetzes zusammenhängt.

zu 4 Bericht über die Umsetzung von öffentlich gefassten Beschlüssen des Sozial- und Gesundheitsausschusses

VO/2023/056

Es gibt keine Nachfragen zu der Vorlage. Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**zu 5 Demografiebericht 2022 und Bevölkerungsvorausbe-
rechnung Kreis Rendsburg-Eckernförde 2020-2040**

VO/2023/040

Die Vorsitzende begrüßt Herrn Böttger. Dieser stellt den Demografiebericht vor und beantwortet Nachfragen. Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.

Anlage 1 Präsentation Demografiebericht SOGA

zu 6 Angelegenheiten des Kreissenorenbeirates

Die Vorsitzende begrüßt Herrn Hartwig vom Kreissenorenbeirat.

Herr Hartwig teilt mit, dass der Seniorenbeirat Schwedeneck nicht mehr existiert und daher aus der Mitgliederliste des Kreissenorenbeirates zu streichen ist.

**zu 6.1 Bestätigung der Wahl neuer Mitglieder für den Kreis-
seniorenbeirat**

VO/2023/008

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss wählt für die Dauer der restlichen Wahlzeit des Kreistages Frau Maria Apel vom Seniorenbeirat Gettorf und Frau Ute Pegoli vom Seniorenbeirat Bordesholm als Ersatzmitglieder in den Kreissenorenbeirat.

Abstimmungsergebnis:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

**zu 7 Angelegenheiten des Beirates für Menschen mit Be-
hinderungen**

Die Vorsitzende begrüßt Herrn Völker, den Vorsitzenden des Beirates für Menschen mit Behinderungen, und die anwesenden Mitglieder des Beirates für Menschen mit Behinderungen.

**zu 7.1 Beteiligungsangebot "Kommunaler Gebärdensprach-
Avatar" für Landkreise/Kreise und Kommunen**

VO/2023/064

In der Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 17.11.2022 ist die Verwaltung gebeten worden, eine Beteiligung am Projekt „Kommunaler Gebärdensprach-Avatar (KGA)“ zu prüfen. Das Angebot für eine Beteiligung liegt nunmehr vor.

Herr Professor Ott berichtet zum Angebot der Firma Charamel GmbH und weist darauf hin, dass das Angebot nur bis einschließlich 17.02.2023 gültig ist.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt das Angebot sowie die Darstellung des Leistungsangebots der Firma Charamel GmbH zur Kenntnis.

**zu 7.2 Antrag zur Teilnahme und Beteiligung am Projekt
"Kommunaler Gebärdensprach-Avatar (KGA)" für
Landkreise / Kreise und Kommunen**

VO/2023/069

Herr Völker erläutert den Antrag.

Beschluss:

Der Kreis Rendsburg-Eckernförde wird gebeten, das Beteiligungs-Angebot „Kommunaler Gebärdensprach-Avatar“ (KGA) für Landkreise / Kreise und Kommunen mit 200.000 bis 400.000 Einwohnerinnen und Einwohnern der Firma Charamel GmbH anzunehmen. Für die Kosten in Höhe von 14.500,00 € netto für zwei Jahre soll das Budget zur Umsetzung des Aktionsplanes verwendet werden.

Abstimmungsergebnis:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

**zu 8 Erhöhung des Budgets für die Schuldnerberatung im
Kreis Rendsburg-Eckernförde**

VO/2023/009

Die Vorsitzende berichtet, dass in den Haushalt des Jahres 2023 bereits ein zusätzliches Budget für die Schuldnerberatungsstellen in Höhe von 54.861,-- Euro aufgrund des Beschlusses im Hauptausschuss am 08.12.2022 eingestellt wurde. Die Mittel sind noch durch den Sozial- und Gesundheitsausschuss freizugeben.

Die Vorsitzende begrüßt Andreas Susczyk, Kerstin Hasse, Stefan Gloe, Kerstin Vent, Heinke Detlefsen, Rainer Spindler und Vanessa Trampe-Kieslich, die den Antrag erläutern und Fragen beantworten.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt, der Schuldnerberatung im Kreis Rendsburg-Eckernförde ab dem Haushaltsjahr 2023 ein zusätzliches Budget in Höhe von 54.861 € zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Die Vorsitzende begrüßt Frau Jahn von der Brücke. Diese verweist auf Folgendes:

Durch die nur einjährige Pilotphase ergibt sich die Schwierigkeit, Wohnraum über die Pilotphase hinaus anzumieten. Allein die Vermittlung in direkte Mietverhältnisse ohne längere Absicherung durch Mietbegleitverträge reicht nicht aus. Dieses wird nicht in der notwendigen Größenordnung gelingen können, da die Situation auf dem Wohnungsmarkt noch einmal schwieriger geworden ist. Um erfolgreich sein zu können, sind Möglichkeiten zu finden, Wohnungen anzumieten, um sie untervermieten zu können. Direkte Mietverhältnisse müssen durch Bürgschaften bzw. Mietbegleitverträge abgesichert werden können, um Vermieter zu überzeugen. Weiterhin stellt sich die Frage, ob es gelingt, Mietverträge, die die Brücke eingeht, später auf eine neue Gesellschaft zu übertragen.

Eine Idee dazu wäre, jetzt schon eine gemeinnützige Gesellschaft zu gründen, die zunächst in 100prozentiger Trägerschaft der Brücke startet und später Anteile an den Kreis (ggf. als Mehrheitsgesellschafter), soziale Leistungsanbieter und Vertreter der Wohnungswirtschaft abgibt. So kann die Gesellschaft Vertragspartner für Vermieter und Untermieter bleiben, auch wenn sich die Beteiligungen verändern. Eine entsprechende Zusicherung wäre für die Brücke eine gute Basis, um schon im ersten Projektjahr alle im Konzept genannt Optionen der Wohnungsvermittlung ausschöpfen zu können.

Die Ausschussmitglieder diskutieren über die Möglichkeit der Gründung einer gGmbH aus den Projektmitteln und die mögliche Zusage des Kreises, die Anteile der gGmbH nach Projektabschluss entweder ganz oder zusammen mit weiteren Akteuren zu übernehmen.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt der Verwaltung der Gründung einer gGmbH aus den bewilligten Projektmitteln „Wohnen für Alle“ zuzustimmen und die Zusicherung abzugeben, die Anteile der gGmbH nach Beendigung der Projektphase entweder alleine oder zusammen mit weiteren Partnern zum Zweck der Fortführung der Wohnraumvermittlung an Menschen mit Vermittlungshindernissen zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

zu 10 Sachstand Ehrenamtskoordination

In der Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 17.11.2022 ist die Verwaltung des Kreises Rendsburg-Eckernförde gebeten worden, im ersten Halbjahr 2023 unter Einbeziehung des Fachausschusses für Soziales und Gesundheit ein tragfähiges Konzept zur Einrichtung einer kreisweiten dauerhaften Ehrenamtskoordination zu erarbeiten. Mit der Umsetzung soll sodann im zweiten Halbjahr 2023 im Anschluss an das auslaufende Projekt „Hauptamt stärkt Ehrenamt“ begonnen werden. Hierfür stehen Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 € bereit.

zu Ehrenamtskoordination: Formulierungen der Vorstel-
10.1 lungen der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen **VO/2023/070**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat ihre Vorstellungen zu einem Ehrenamtsbüro schriftlich formuliert. Im Zuge der Ausschusssitzung übermittelt Frau Mues von der CDU-Kreistagsfraktion ebenfalls eine schriftliche Formulierung zu den Vorstellungen zu einem Ehrenamtsbüro. Die Vorlage der CDU-Kreistagsfraktion wird der Niederschrift als Anlage beigefügt. Die Vorstellungen beider Fraktionen werden erläutert.

Der Ausschuss diskutiert über das Konzept zur Einrichtung einer kreisweiten Ehrenamtskoordination.

Herr Professor Ott teilt mit, dass Herr Staack bereits ein Konzept erarbeitet hat. Es wurde zwischenzeitlich auch ein Arbeitskreis gebildet. Herr Böttger wird diesen leiten. Da die Angelegenheit alle Fachbereiche betrifft, nehmen am Arbeitskreis auch weitere Mitarbeitende aus der Kreisverwaltung teil. Für den Fachbereich Soziales, Arbeit und Gesundheit hat Frau Rennekamp den Part übernommen.

Herr Staack teilt mit, dass ein ausgearbeitetes Konzept in der September-Sitzung des Ausschusses vorgelegt werden soll. Frau Mues wirft ein, dass es zielführender sei, wenn ein zeitnahe Anstoß des Projekts erfolgt, da das jetzige Projekt mit den Kloormokers im Sommer ausläuft. Ziel sollte sein, dass das alte Projekt nahtlos in das neue übergeht.

Die Vorsitzende möchte das Thema in der nächsten Sitzung am 04.04.2023 wieder aufgreifen und bittet die Verwaltung dann ein Konzept unter Berücksichtigung der in der heutigen Sitzung diskutierten Vorstellungen der Fraktionen, insbesondere der Einrichtung eines Ehrenamtsbüros in der Kreisverwaltung, vorzulegen.

Es folgt eine Pause von 18.25 bis 18.35 Uhr.

zu 11 Zuwanderung: Leitlinien zur Vergabe von Integrati-
onsmitteln durch den Kreis Rendsburg-Eckernförde für **VO/2023/020**
das Jahr 2023

Herr Staack berichtet, dass es in der Vorlage „Leitlinien zur Vergabe von Integrationsmitteln“ keine inhaltlichen Änderungen im Vergleich zur Leitlinie des Vorjahres gibt. Die Leitlinien unterliegen aufgrund der Haushaltsplanungen bislang der Jährlichkeit. Die Politik könnte den Verzicht auf die Jährlichkeit beschließen, so dass die Leitlinien künftig nur dann im Ausschuss beraten werden, wenn es inhaltliche bzw. finanzielle Änderungen gibt.

Die Vorsitzende bittet um Abstimmung des geänderten Beschlussvorschlages:

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss

die Fortschreibung der Leitlinien zur Vergabe der Integrationsmittel für das Jahr 2023 und

auf die Jährlichkeit zu verzichten, so dass die Leitlinien künftig nur dann im Ausschuss beraten werden, wenn es inhaltliche bzw. finanzielle Änderungen gibt.

Abstimmungsergebnis:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

zu 12 Integrationsanträge

Frau Mues wünscht, dass die Anträge künftig wieder entsprechend der Themen in den jeweiligen Fachausschüssen behandelt werden, so wie es im Übrigen auch die gerade beschlossene Leitlinie vorsieht.

zu 12.1 Zuwanderung: Vergabe von Integrationsmitteln - Antrag des Nordkollegs Rendsburg zur Förderung des Integrationsprojekts "Alles frisch!" vom 01.03.2023 bis zum 30.11.2023

VO/2023/011

Die Vorsitzende begrüßt Frau Piehl und Herrn Froeber vom Nordkolleg, die den Antrag erläutern und Fragen beantworten.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss, dem Nordkolleg Rendsburg zur Förderung des Integrationsprojekts "Alles frisch!" vom 01.03.2023 bis zum 30.11.2023 einen Betrag in Höhe von 19.013,32 € aus den Integrationsmitteln des Kreises Rendsburg-Eckernförde zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

zu 12.2 Zuwanderung: Vergabe von Integrationsmitteln - Antrag der Gemeinde Damp mit dem Familienzentrum Damp zur Förderung des Integrationsprojekts "Bunte Beete Damp" vom 01.04.2023 bis zum 31.12.2023

VO/2023/012

Die Vorsitzende begrüßt Frau Starck vom Familienzentrum Damp, die den Antrag erläutert und Fragen beantwortet.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss, der Gemeinde Damp zur Förderung des Integrationsprojekts "Bunte Beete Damp" vom 01.04.2023 bis zum 31.12.2023 einen Betrag in Höhe von 7.120,00 € aus den Integrationsmitteln des Kreises Rendsburg-Eckernförde zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

zu Zuwanderung - Vergabe von Integrationsmitteln:**12.3**

Umsetzung der Richtlinie des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren des Landes Schleswig-Holstein zur Förderung von familienunterstützenden Maßnahmen für Geflüchtete – „Aktionsprogramm familienunterstützenden Maßnahmen für Geflüchtete“ im Kreis Rendsburg-Eckernförde; hier: weitere Freigabe von Mitteln des Kreises aus dem Integrationsbudget

VO/2023/014

Herr Staack erläutert den Antrag und beantwortet Fragen.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss, die notwendigen zusätzlichen Eigenmittel des Kreises in Höhe von 50.000 € aus dem Integrationsbudget zu verwenden und über den Fachbereich Jugend und Familie zur Auszahlung zu bringen.

Abstimmungsergebnis:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

zu Zuwanderung: Vergabe von Integrationsmitteln - Antrag des Vereines Familienwerkstatt e.V. zur Förderung des Integrationsprojekts "Familienwerkstatt" vom 01.02.2023 bis zum 31.01.2024**VO/2023/015**

Die Vorsitzende begrüßt Frau Gerdes vom Verein Familienwerkstatt e. V. Frau Gerdes erläutert anhand einer Präsentation von Fotos den Antrag und beantwortet Fragen.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss, dem Verein Familienwerkstatt e.V. Mittel in Höhe von 4.500,00 € für die Durchführung des Integrationsprojekts "Familienwerkstatt" vom 01.02.2023 bis zum 31.01.2024 aus den Integrationsmitteln des Kreises Rendsburg-Eckernförde zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

zu 12.5 Zuwanderung: Vergabe von Integrationsmitteln - Fol-
geantrag des Amtes Bordesholm zur Förderung des
Migrationsprojektes an der Lindenschule ab 01.04.2023 **VO/2023/018**
bis zum 31.03.2024

Die Vorsitzende begrüßt Frau Hering vom Amt Bordesholm, die den Antrag erläutert und Fragen beantwortet.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss, dem Amt Bordesholm zur Finanzierung des Migrationsprojektes an der Lindenschule ab dem 01.04.2023 bis zum 31.03.2024 eine Förderung in Höhe von 9.456,00 € aus den Integrationsmitteln des Kreises Rendsburg-Eckernförde zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.

zu 12.6 Zuwanderung: Vergabe von Integrationsmitteln - An-
trag der Vereine Wüstenblumen e.V. und der UTS e.V.
zur Förderung des Integrationsprojekts "TROTZdem **VO/2023/052**
Leben" vom 01.03.2023 bis zum 29.02.2024

Die Vorsitzende begrüßt Frau Trautrimms vom Verein Wüstenblume e. V., die den Antrag erläutert und Fragen beantwortet.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss, dem Verein Wüstenblumen e.V. und der UTS e.V. 4.000,00 € für die Durchführung des Projektes "TROTZdem Leben" vom 01.03.2023 bis zum 29.02.2024 aus den Integrationsmitteln des Kreises Rendsburg-Eckernförde zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

zu 13 Neufassung Heranziehungssatzung § 6b BKGG, AG-
SGB II/BKGG **VO/2023/048**

Aufgrund einer Gesetzesänderung ist die Heranziehungssatzung anzupassen.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Kreistag, der Neufassung der Satzung des Kreises Rendsburg-Eckernförde zur Übertragung von Aufgaben des

Bildungs- und Teilhabepaketes nach § 6b Bundeskindergeldgesetz auf die kreisangehörigen Städte, Ämter und amtsfreien Gemeinden zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

zu 14 Fonds zur Abdeckung sozialer Härten zur Abmilderung der Folgen gestiegener Energiepreise

VO/2023/006

Die Mitglieder des Sozial- und Gesundheitsausschusses nehmen die Billigkeitsrichtlinie des Landes zum Fonds zur Abdeckung sozialer Härten zur Kenntnis.

zu 15 Bericht der Verwaltung

Herr Ströh berichtet über die Unterbringung und die Verteilung von Geflüchteten Menschen auf die Ämter und Kommunen im Kreis Rendsburg-Eckernförde wie folgt:

Nach einem überaus herausfordernden vergangenen Jahr, in welchem es unsere kreisangehörigen Ämter und Kommunen geschafft haben für mehr als 3500 Schutzsuchende Unterkünfte bereitzustellen, sind die durchschnittlichen Zahlen der monatlichen Landeszuweisungen aktuell zwar rückläufig, liegen aber mit einer monatlichen Gesamtzahl von derzeit etwa 120 Personen noch immer deutlich über dem Durchschnitt der vorangegangenen Jahre. Allerdings müssen bei den Landeszuweisungen zwei Personengruppen für sich betrachtet werden:

Schutzsuchende aus der Ukraine: Monatlich werden dem Kreis Rendsburg-Eckernförde etwa 25-30 Schutzsuchende aus der Ukraine aus den Landesunterkünften zur Unterbringung zugewiesen, hinzu kommen monatlich noch einmal etwa 30 Personen die privat zureisen und sich direkt bei uns oder in den Ämtern und Kommunen melden und eine Wohnungszuweisung benötigen. Diesen Zugang von Schutzsuchenden aus der Ukraine können unsere Ämter und Kommunen aktuell noch gut bewältigen, da für diese Personengruppe (noch) ausreichender Wohnraum zur Verfügung steht und auch weiterhin angeboten wird. Nach einer jüngsten Umfrage verfügen die Ämter und Kommunen aktuell über eine Aufnahmekapazität von etwa 490 freien Plätzen für Schutzsuchende aus der Ukraine. Hinweise auf eine wesentliche Veränderung dieser Zugangszahlen, insbesondere größere Fluchtbewegungen gibt es derzeit nicht.

Asylsuchende: Die Anzahl der dem Kreis Rendsburg-Eckernförde zugewiesenen Asylsuchenden liegt derzeit bei durchschnittlich etwa 60 Personen, Tendenz steigend. Die Verteilung und Unterbringung der Asylsuchenden stellt für die Kommunen eine größere Herausforderung dar. Wohnraum für diese Personengruppe ist knapp und wird seitens potentieller VermieterInnen wie beschrieben, eher für Schutzsuchende aus der Ukraine zur Verfügung gestellt. Gleich mehrere Kommunen melden aktuell für diese Personengruppe: kein Wohnraum vorhanden. Darüber hinaus mehrten sich die Zuweisungen von Menschen mit körperlichen, geistigen oder seelischen Beeinträchtigungen und mit erhöhtem Betreuungs- und Versorgungsbedarf. Zu der

ohnehin sehr schwierigen Wohnraumsituation kommt dann noch die Anforderung der Barrierefreiheit, welche kaum lösbar ist und wenn dann nur durch aufwendige und kostenintensive Umbaumaßnahmen, die darüber hinaus sehr kurzfristig umgesetzt werden müssen (Ankündigungszeitraum, 2 Wochen).

Weiterhin muss festgestellt werden, dass vermehrt wieder Menschen ohne Bleibeperspektive zur Unterbringung zugewiesen werden, obwohl dieser Personenkreis eigentlich in den Landesunterkünften zur kurzfristigen Durchsetzung der Ausreiseverpflichtung verbleiben soll. Dabei handelt es sich um sogenannte Dublin-Fälle, also um Schutzsuchende zu deren Rückübernahme andere Mitgliedsstaaten der Europäischen Union aufgrund einer bereits dort erfolgten Asylantragstellung verpflichtet sind, die dieser Verpflichtung aber in absehbarer Zeit nicht nachkommen können (Problemländer: Italien, Bulgarien, Griechenland).

Sehr hilfreich bei der Kreisverteilung ist das Hilfsangebot des Nordkolleg, welches uns aktuell als Notunterkunft und Puffer bei schwierigen Unterbringungsfällen zur Verfügung steht. Hier können mittlerweile Personen aller Nationalitäten vorübergehend untergebracht werden, bis notwendiger Wohnraum in den Kommunen geschaffen ist. Die Inbetriebnahme der kreiseigenen Notunterkunft auf dem Gelände des „Oktogon“ befindet sich in der Vorbereitung und kann nach jetzigen Sachstand Mitte März/Anfang April erfolgen.

Wesentliche Problemstellungen bei der Unterbringung und Verteilung: Mit Ankündigung der Zuweisungen werden nicht immer alle notwendigen Informationen durch die Landesunterkünfte übermittelt, hier bedarf es eines besseren Informationsaustausches (Beispiel: Erkrankungen/Beeinträchtigungen werden nicht übermittelt, bestehende Familienverbände werden nicht dargestellt / fehlerhafte Übermittlung von Personenzahlen / Kinder „vergessen“).

Nicht nur die Wohnraumkapazitäten sind beschränkt, darüber hinaus fehlt es an Fachkräften zur Betreuung der Menschen vor Ort, an ausreichenden Integrationsangeboten (Kapazitäten in den Sprachkursen vollends ausgeschöpft), Betreuungsplätzen (KiTa) für Kinder, Beschulung. Auch die Migrationssozialberatung stößt aufgrund Fachkräftemangel an Grenzen.

Es besteht eine Kostenlast der Kommunen in Bezug auf Vorhalte/Leerstandskosten. Freier Wohnraum muss vorgehalten werden, obwohl niemand weiß, wann dieser genutzt wird. Die Kosten laufen dennoch weiter, hier wird dringend finanzielle Unterstützung benötigt.

Verbesserungen: Die Einrichtung einer Notunterkunft war und ist ein wichtiger großer Beitrag zur Unterstützung der Ämter und Kommunen. Darüber hinaus benötigen die Ämter und Kommunen zumindest in Einzelfällen mehr Zeit zur Vorbereitung und detailliertere Informationen zu den zugewiesenen Personen. Hierzu sind wir in ständigen Gesprächen mit den Landesunterkünften. Die Ämter und Kommunen benötigen dringend weitere finanzielle Absicherungen, gerade im Hinblick auf Vorhalte/Leerstandskosten.

Aussichten/Prognosen:

Ukraine: die Zahlen bleiben so konstant

Asyl: Die ersten Ankündigungen aus März (allein KW 10: 26) lassen darauf

schließen, dass die Zahlen ggf. noch steigen werden. Evtl. sind in Bälde auch noch mehr Personen aus Syrien und der Türkei wegen der Erdbebenkatastrophe zu erwarten.

Herr Bornhöft berichtet zu folgenden Themen:

Umstrukturierung des Jugendzahnärztlichen Dienstes – Amtshilfegesuch LHS Kiel

Der Jugendzahnärztliche Dienst ist zurzeit mit lediglich zwei zahnärztlichen Teilzeitkräften besetzt, die jeweils auch kurz vor ihrem Ruhestand stehen. Eine zeitnahe Nachbesetzung wird angestrebt. Für diejenigen Untersuchungen und Gutachten, für die zahnklinische Räumlichkeiten erforderlich sind, sind wir mangels betreffender Ausstattung im Kreishaus auf externe Räume angewiesen. Die Fallzahl beläuft sich im Jahr im einstelligen Bereich, sodass die Investitionen in eigene klinische Untersuchungsmöglichkeiten unwirtschaftlich wären. Es wird seitens des Fachdienstes 4.3 angestrebt, diese Einzelfälle zukünftig im Wege des Amtshilfegesuchs gänzlich an die LHS Kiel abzugeben. Hierfür bedarf es eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen dem Kreis und der Stadt Kiel. Derzeit laufen die Gespräche auf Ebene der Gesundheitsamtsleitungen, um die Modalitäten konkreter zu benennen. Eine gesonderte Beteiligung des Sozial- und Gesundheitsausschuss wird erfolgen, wenn konkretere Angaben aus der LHS Kiel vorliegen.

Umstrukturierung Jugendärztlicher Dienst - aktualisierter Sachstand

Die Zahl der monatlichen Schuleingangsuntersuchungen, zuletzt bei unter 60% des Solls, ist nun auf 70% gesteigert. Die Besetzung offener Stellen läuft, ist aber noch nicht abgeschlossen. Ab Mitte dieses Monats können noch mehr Schuleingangsuntersuchungen geplant und umgesetzt werden. Die niedrige Untersuchungszahl aus Sommer und Herbst 2022 wird aber bis zum Ende dieses Schuljahrs nicht wieder aufgefangen werden können, sodass die 100% dieses Jahrganges vermutlich nicht zu schaffen sind. Der Fachdienst ist aber bemüht, im Rahmen der personellen und organisatorischen Rahmenbedingungen möglichst nahe an 100 % des Jahrgangs zu kommen.

Frau Holm berichtet zu folgenden Themen:

„Ombudsstelle Pflege“

Die Stellenbesetzung der Ombudsstelle Pflege befindet sich in Vorbereitung. Um die Anforderungen der Stelle zu konkretisieren, finden aktuell Abstimmungen mit dem Pflegestützpunkt und der Pflegeberatung der gesetzlichen Krankenkasse statt. Anschließend ist die Veröffentlichung der Stellenausschreibung vorgesehen.

Projekt „Präventive Hausbesuche“

Im Projekt der präventiven Hausbesuche sind am 31.01.2023 Anschreiben an 694 Seniorinnen und Senioren in der Gemeinde Hohenwestedt verschickt worden. Es haben sich daraufhin schon Personen gemeldet und die ersten Termine für einen Hausbesuch sind vereinbart. Daneben werden persönliche Kontakte zu den Vereinen und Verbänden vor Ort geknüpft und Flyer ausgelegt. Der Flyer ist der Niederschrift

als Anlage beigefügt.

Herr Professor Ott teilt die Termine für die kommenden Veranstaltungen des Kreises mit:

- Werkstattgespräch hausärztliche Versorgung am 15.03.2023 ab 17.30 Uhr im Hohen Arsenal in Rendsburg
- Gesundheitskonferenz am 26.04.2023 von 09.30 Uhr bis 16.00 Uhr im Conventgarten in Rendsburg
- Pflegekonferenz am 13.06.2023 ab 16.30 Uhr im Hohen Arsenal in Rendsburg

Anlage 1 Flyer Präventive Hausbesuche

zu Verwendung des Jahresüberschusses 2021 der Förde VO/2023/001-01
15.1 Sparkasse

Die Mitglieder des Sozial- und Gesundheitsausschusses werden gebeten, ihre Vorschläge zur Verwendung des Jahresüberschusses der Förde Sparkasse rechtzeitig zur Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 04.04.2023 einzureichen.

zu 16 Anfragen nach § 26 Geschäftsordnung des Kreistages

Schriftliche und mündliche Anfragen liegen nicht vor.

zu 17 Verschiedenes

Die nächste Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses findet am Dienstag, den 4. April 2023 um 17.00 Uhr im Kreistagssitzungssaal des Kreishauses in Rendsburg statt.

Dr. Christine von Milczewski
Vorsitz

Katrin Schliszio
Protokollführung